

UTE VOGT

INFORMIERT

Nr. 3

SPD

März 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

„Bloß nicht stressen lassen“ lautete der Titel der Wochenendausgabe der Stuttgarter Zeitung vom 9./10. März. Ich sitze im Zug. Komme von einer Dienstreise aus Äthiopien und Eritrea und bin froh, sicher gelandet zu sein. Ich denke an die Staudamm-Baustelle in Eritrea, wo die Männer in der heißen Sonne die aus Kanistern gebauten Zementeimer von Hand zu Hand reichen und Steine schichten, die sie vorher von Hand aus der felsigen Umgebung geschlagen haben. Damit das Wasser bleibt und sie vielleicht den Ackerboden dann einen Monat länger bewirtschaften können (Bild unten links).

Ich denke an die Wasserstelle in Äthiopien. Die Dankbarkeit der Menschen, dass sie nun „nur“ noch 2-10 km zur Wasserstelle laufen müssen und nicht wie vorher 25-30 km, um das Wasser mit Eseln, die Wohlhabenderen mit Kamelen, zurück ins Dorf zu bringen (Bild unten rechts).

Die Menschen arbeiten hart, auch die Kinder. Aber es herrscht viel Hoffnung. Nach 20 Jahren Krieg nun endlich der offizielle Friedensschluss zwischen Äthiopien und Eritrea. Vor allem die jungen Menschen in Äthiopien sind in Aufbruchstimmung. Noch ist das Land nicht über den Berg, noch ist offen, ob es gelingen kann, dass die geplanten Wahlen im kommenden Jahr tatsächlich stattfinden. Es ist offen, ob die ethnischen Gruppen bereit sind, gemeinsam einen Nationalstaat zu stärken. In Eritrea scheint die Unsicherheit noch größer, die Zuversicht auf eine Friedenszeit noch nicht gefestigt. Kein Wunder, haben die Menschen im Land doch nach 30 Jahren Krieg seit der Unabhängigkeit nur knapp 7 Jahre Frieden erleben dürfen. Doch nur ein stabiler Frieden wird es möglich machen, dass das Land seine wirtschaftlichen Chancen wahrnehmen und die Bürgerinnen und Bürger, befreit vom jahrzehntelangen Militärdienst, wieder mehr Lebensqualität und Freiheit erhalten. Wir waren vor Ort, um zu erfahren, wie wir helfen können. Wo gute Entwicklungszusammenarbeit ansetzen kann, um den Frieden zu stabilisieren.

„Bloß nicht stressen lassen“ - ein wichtiges Thema für viele Leserinnen und Leser der Stuttgarter Zeitung, die beim Versuch, Beruf und Familie zu vereinbaren, häufig Überlastung empfinden. Natürlich werden die Überlastungen und Missstände in Deutschland nicht geringer, weil wir in Länder blicken, in denen Menschen täglich ihren Überlebenskampf führen und an Wahlen und demokratische Mitbestimmung kaum zu denken ist. Aber der Blick in diese Gesellschaften kann uns helfen, unsere Probleme in die andere Perspektive zu setzen und dafür zu sorgen, dass wir unsere Rechte wertschätzen, wahrnehmen und verteidigen. Weil wir das Privileg haben, dies mit friedlichen Mitteln tun zu können.

Herzliche Grüße

Ute Vogt



Das Motto der Vesperkirche: Es ist genug für alle da

Sieben Wochen zu Jahresanfang ist die Vesperkirche geöffnet und bietet Mittagessen, Getränke, Vesperbrote und allerlei Hilfsangebote an. Auch ich habe ein paar Stunden mitgeholfen, beim Tische abräumen und bei der Essensausgabe.

Dass das alles nun auch im 25. Jahr des Bestehens rund läuft, ist der evangelischen Kirche und den vielen Ehrenamtlichen zu verdanken. Seit Jahren bin ich immer wieder in der Vesperkirche oder zu Veranstaltungen dort. Diakoniefarrerin Gabriele Ehrmann lud mich ein, ein paar Stunden mit anzupacken. Das habe ich gerne getan, mehr zu meinem Besuch im Original-Beitrag auf der [Homepage der Vesperkirche](#).



Die Besucher*innen der Vesperkirche dürfen den Mittag genießen - heute räume ich ab (© Monika Johna)

KfW-Förderung 2018 für Stuttgart

Mit gut 217 Mio. Euro unterstützt die KfW 2018 Stuttgarter Privatpersonen und Unternehmen. Es wurden sowohl Digitalisierungs- und Innovations-, Gründungs- und Unternehmenskredite vergeben, als auch Bildungskredite. Die Energiewende wurde durch zwei KfW-Programme gefördert, ebenso wie energieeffizientes Wohnen und Bauen. Und auch das Baukindergeld haben die Stuttgarter*innen genutzt.

Mehr Geld für gesetzliche Betreuer*innen

Die Anpassung des „Betreuer- und Vormündervergütungsgesetzes“ von Justizministerin Katarina Barley ist auf dem Weg. Kern ist die Erhöhung der Vergütung von gerichtlich bestellten Betreuer*innen. Sie betreuen Personen, die aufgrund von körperlichen, geistigen, psychischen und seelischen Leiden nicht mehr in der Lage sind, ihre Angelegenheiten allein zu regeln. Das parlamentarische Verfahren sollte noch vor der Sommerpause abgeschlossen werden. Nähere Informationen können [hier](#) nachgelesen werden.

Ohne Perspektive zurück in die Heimat?

Das Programm „Perspektive Heimat“ von CSU-Entwicklungsminister Müller wird nun schon 2 Jahre durchgeführt. Bisher bleibt es ohne nennenswerte Erfolge. Geflüchteten Menschen, die

freiwillig in ihre Heimat zurückkehren wollen, wird ein Startgeld von 2.000 Euro gegeben. Zudem werden in sogenannten Rückkehrzentren vor Ort u.a. Bewerbungstrainings durchgeführt. Diese nützen den Menschen jedoch wenig, solange die Wirtschaft in ihren Ländern am Boden ist und es überall an Jobs fehlt. Was den Menschen tatsächlich helfen würde, wäre eine Ausbildung und die Rückkehr als Fachkraft in die Heimat. So hätten sie bessere Perspektiven und würden aktiv am Aufbau des Landes teilhaben. Das brächte nicht nur Perspektive, sondern auch Anerkennung. Denn oft werden Rückkehrer*innen als „Gescheiterte“ stigmatisiert. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sollte daher weniger auf kurzfristige Programme setzen, sondern mehr in langfristige Initiativen investieren.

Am 26. Mai 2019 ist Europawahl

Gerade erst ist der internationale Frauentag gewesen und schon bekommen wir mit Blick auf den europäischen Finanz- und Bankensektor das Gruseln. Denn die Kandidaten sind ausschließlich männlich! Und natürlich geht es um Spitzenpositionen in der Europäischen Zentralbank, der europäischen Bankenaufsicht und dem einheitlichen Abwicklungsausschuss. Die europäische Sozialdemokrat*innen haben daher auf die Verabschiedung eines Entschließungsantrages gedrängt, der die ausgewogene Nominierung von Frauen und Männern fordert und sich auf Gleichstellung als Gründungswert der EU beruft. Mehr dazu [hier](#).

